

Danziger Zeitung.

No 9683.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerbagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Beträge oder deren Raum 20 J. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

D. Der Fall Thomas und die See-Versicherung.

Das unerhörte Verbrechen in Bremerhaven hat nicht nur einen Schrei des Entsetzens in der ganzen civilisirten Welt darüber hervorgerufen, daß eine wohlthätige und nach dem heutigen Stande der Cultur unentbehrliche Institution: die Versicherung gegen die Gefahren der See, den Anlaß dazu bieten kann, unblutig einen Massenmord zu begehen, weil das Object des Verbrechens ungeheuer in die Vergessenheit des Meeres versinkt und der Mörder kaltblütig die Frucht seiner Combination einheimsen kann, — dieser Schrei findet auch einen Nachhall in den menschenfreundlichen Bestrebungen, durch die Gesetzgebung derartigen Schrecklichkeiten vorzubeugen. Freilich wird es ruhig gestattet und ist vielleicht auch nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung nicht zu verhindern, daß das eigentliche Mordwerkzeug einer Neugier dargelegt wird, die nach bekannter psychologisch-erfahrung in exaltirten Köpfen zu interessanter Nachahmung ausarten kann, und auf diesem Wege geschieht gewiß nichts, um die Wiederkehr eines solchen Verbrechens zu verhindern. Desto ernster beschäftigt man sich in der Presse mit Verleumdungsmaßregeln. — Die „Magdeburger Zeitung“ verlangte bald nach der Katastrophe die Einführung einer starken Präventivpolizei: es sei geboten, ein jedes Seeschiff vor seinem Auslaufen eingehend zu untersuchen und zwar in Bezug auf seine Seetüchtigkeit, seine Besatzung und Ausrüstung, diese Untersuchung aber auch auszudehnen auf den Werth der Ladung und deren Versicherung. Neuerdings hat Julius Faucher in seiner „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Culturgeschichte“ die Sache mit aller Wärme aufgenommen. Er will „das Spiel der Seeverversicherung im Abfahrtsfahren genau kontrolliren“. Zu diesem Zweck soll ein Verzeichniß der Ladung einer Behörde eingereicht werden, welches das Frachttüdt und seinen Inhalt genau beschreibt, auch die auf dasselbe genommenen Versicherungen näher angiebt und es ermöglicht, daß die Behörde durch ihre Befehlsbefugnisse: ob eine Untersuchung vorgenommen oder für unnöthig gehalten wurde, die genügenden Feststellungen für eine etwaige Untersuchung wegen Uebersicherung bewirkt. — Um das Uebel mit der Wurzel zu vertilgen, kommt dann Julius Faucher noch auf ein wirklich radikales Abhilfsmittel. Er räth: so: der Gedanke, ein Schiff mit Allem, was darin und darauf zu vernichten, wuzelt darin, daß verschollene Schiffe nach Versicherungssummen als Totalverluste ausgezahlt werden. Wäre dem nicht so, müßte auch ein solcher Totalverlust wie jeder andere Schaden durch eidliche Zeugenaussagen erwiesen werden, — so wie umgekehrt nach Faucher's Motivirung weder in England noch in Amerika eine Anklage wegen Mordes zu erheben sein soll, wenn die Leiche des Ermordeten nicht gefunden ist, weil der angeblich Ermordete vielleicht nicht ermordet ist, sondern noch lebt, — würde also die Idee der Verschollenseit aus dem Versicherungsrecht verbannt, dann wäre der Schiffsmord durch Dynamit in wesentlichen Wahnwitz verwandelt. „Natürlich“, sagt dazu die „Difsee-Ztg.“, würde die Aufnahme einer derartigen Bestimmung in das Versicherungsrecht von dem Handel gleichfalls (wie die behördliche Untersuchung jeder einzelnen Ladung) als eine

arge Beschränkung empfunden werden, aber der Verfasser (Dr. Faucher) hat ohne Zweifel Recht, wenn er am Schlusse seines Artikels sagt: Der Handel versteht sich schon anders einzurichten, wenn ihm die Flügel dadurch beschneiden werden sollten, daß offenbar gewordene Auswüchse der Cultur durch die gesetzgeberische Scheere beseitigt werden. Soweit es ihm ersichert werden sollte, das Risiko durch Versicherung abzuwälzen, wird er für die Mittel zu sorgen wissen, sich, wie in alter Zeit, in sich selbst zu versichern. Aber ermordete Unschuldige kann man nicht wieder ins Leben zurückrufen.

Die „Difsee-Zeitung“ fordert dann die Interessenten und die Sachverständigen auf, diese gewiß nicht in Vergessenheit kommende Sache nicht zu ignoriren; wenn dieselben sich nicht darum kümmern, sei die Wahrscheinlichkeit um so größer, daß die schließliche Entscheidung den reinen Theoretikern und Bureautanten anheimfällt.

Vor wenigen Tagen brachte denn auch die „Difsee-Zeitung“ eine Zuschrift des Herrn Capitän Langerhans, dem als Sachverständiger der Stettiner Seeverversicherer ein practisches Urtheil wohl zugetraut werden darf. Hr. Langerhans resumirt seine Ansicht dahin, daß er bei Ausführung der Faucher'schen Controlen ein sehr großes Beamtenpersonal für unentbehrlich halten würde, soll anders nicht die Abfertigung verschleppt werden, daß die Controlen sich wahrscheinlich nur auf die Stüdtgüterladungen ausdehnen ließen und viele tausend Ladungen, welche anderes Gut enthalten, kaum zu controliren wären, und daß es das Kind mit dem Bade ausschütten heißt, wenn man das segensreiche Institut der Seeverversicherung so einschränken würde, wie es nothwendig geschehen müßte, wenn man nicht einmal Dedung gegen unnachweisbaren Totalverlust finden könnte.

Bei der Tendenz unserer Zeit, aus Anlaß eines vereinzelten Falles (Anrim, Duchesne) Gesetze zu geben, ist die Aufforderung der „Difsee-Zeitung“ wohl zu beherzigen. Vor der Controle jeder Ladung durch eine Behörde haben wir im Interesse des Handels keinerlei Furcht. Würde eine solche Controle eingeführt, so würde sich die Schwierigkeit, ja die Unmöglichkeit ihrer Ausführung in so kurzer Zeit ergeben, daß die Gesetzgebung den Gesandten daran verlieren würde, den Verkehr etwa nach Art der Japanesen zu kontrolliren, die jedem Fremden einen Polizeibeamten auf Schritt und Tritt mitgeben oder wenigstens so lange mitgeben, wie sie keinen nennenswerthen Verkehr hatten. Die Controle würde ein Beamtenpersonal erfordern, hundertfach so groß wie das der Zollbehörde, und es ist hohe Wahrscheinlichkeit, daß sie durch die erfreuliche Thatsache, daß keine Sprengstoffe gefunden werden, sehr bald erschaffen und nur noch auf dem Papier und im Ausgabe-Budget vorhanden sein würde. Und wenn in der That die Controle so scharf gehandhabt würde, wie es nur möglich ist, sollte nicht doch einmal der Preis gezahlt werden, der dennoch verlockt, ein Colli in das Schiff zu schmuggeln? An dieser Möglichkeit ist kaum zu zweifeln und die ganze Controle dann unnütz.

Das Verlangen: es müsse erwiesen werden, daß ein verschollenes Schiff auch wirklich untergegangen sei, ist unseres Wissens neu. Aber wenn Dr. Faucher die Analogie der Anklage auf Mord heranzieht, so wird es gestattet sein, die der Todes-

erklärung verschollener Personen anzuführen. Wo ist ein Gesetzgeber, der die für unzählige Rechtsverhältnisse geradezu unentbehrliche Todeserklärung an den Beweis darüber knüpft, daß der Verschollene wirklich todt ist. — Aber ein ähnliches Verlangen ist allerdings schon von Versicherern gestellt worden. Der englische Jurist Arnould citirt in seinem berühmten Werke über Seeverversicherung einen Fall, in welchem ein Schiff von Amerika nach London gegen Seefahrt versichert, dabei aber ausbedungen war, daß der Versicherer für gewisse Kriegsgefahren nicht aufzukommen habe. Lange Zeit nach der Abfahrt des Schiffes verlangte der Versicherte Bezahlung der Versicherungssumme, weil das Schiff, von dem niemals wieder etwas gehört worden sei, in die See versunken sein müsse. Die Versicherer behaupteten, weil gewisse Kriegsgefahren nicht zu ihrem Risiko gehören, müsse der Versicherte beweisen, daß das Schiff wirklich auf die von ihm angegebene Weise verunglückt sei. Der Oberrichter Lee sagte aber: „es würde absurd sein, von einem Verurtheilten, bei welchem wahrscheinlich die ganze Mannschaft umgekommen ist, einen unumstößlichen Beweis zu erwarten.“ Die Jury sprach demnach für den Versicherten.

Dr. Faucher verlangt den Ausschluß unerwiesener Verluste von der Seeverversicherung, das heißt aber nach dem Gefagten nichts Anderes als Verbot der Versicherung gegen Totalverlust. Nun will es doch scheinen, daß wenn die Versicherung gegen theilweisen Schaden als heilsam gestattet sein soll, die gegen den gänzlichen Verlust erst recht nicht verboten werden kann. Die Versicherung beruht auf der Wahrscheinlichkeit des Eintretens gewisser Ereignisse; je geringer diese Wahrscheinlichkeit nach den gemachten Erfahrungen, desto niedriger die Prämie. Nun ist es eine alte Erscheinung, daß die Versicherung gegen Totalverlust allein, mit Ausschluß allen Ertrages für Theilschäden, — eine Versicherung, die namentlich beim Schiffskörper sehr häufig ist, — kaum halb so viel Prämie kostet wie die gewöhnliche alle Gefahren deckende Versicherung. Das beweist wohl klar genug, daß die Versicherer, denen man ein gutes Verständniß ihrer Interessen zutrauen kann, die Wahrscheinlichkeit eines Totalverlustes für gering erachten.

Ferner ist es althergebrachte Geschäftsführung der Versicherer, daß sie sich ausbedingen, frei von gewissen kleinen Schäden zu sein, weil dieselben auch ohne jeden besondern Unfall eintreten können und schwer in ihrem Ursprung zu erweisen sind. Man wird mit der Annahme nicht fehlgreifen, daß diese Gewohnheit aus einem kleinen Schaden oft einen viel größeren entstehen läßt; nichtsdestoweniger sind die Versicherer im Ganzen dieser Gewohnheit treu geblieben und haften nur in wenigen Fällen für jeden, auch den kleinsten Schaden. Aber noch niemals ist es einem Versicherer eingefallen, sich vom Totalschaden frei machen zu wollen. Und der Versicherer hat Recht, wenn er Dedung für naheliegende Möglichkeiten gewährt; thäte er es nicht, so würde der Anreiz zur Versicherung ein geringerer auf Seiten der Handelstreibenden, das Versicherungsgeschäft würde wesentlich eingeschränkt und vielleicht nahezu unterdrückt werden. Welche Schäden damit dem Volkswohlstand zugefügt würden, bedarf keiner Darlegung.

Aber Dr. Faucher weiß guten Rath. Wenn die Kaufleute nicht mehr Versicherung bei Anderen

finden, so mögen sie sich unter einander versichern, „wie in alter Zeit“. Daß diese alte Zeit nicht mehr im Seeverversicherungsfach herrscht, obgleich es in allen anderen Versicherungszweigen: gegen Feuer und Hagelschlag, gegen Viehseuchen und in der Lebensversicherung nicht an Gegenseitigkeitsvereinen fehlt, die zum Theil aufs Beste floriren, hat ohne Zweifel seinen Grund darin, daß die Transportversicherung wegen des schnell wechselnden Characters ihrer Ziele sich weniger für die Aufgabe eines ständigen Vereins mit permanenten Mitgliedern eignet, vielmehr zur strikten Arbeitstheilung veranlaßt. Würde die Gesetzgebung ein Verbot der Versicherung gegen Totalschaden bei verschollenen Schiffen verhängen und dasselbe nicht auch auf Gegenseitigkeitsvereine ausdehnen, so wäre die natürliche Folge, daß die gesammte Seeverversicherung den Geltungsbereich eines solchen Gesetzes meidet oder daß in der That „wie in alter Zeit“ die Versicherungen durch Gegenseitigkeit gedeckt würden. Aber solche Vereine könnten nur zwischen Leuten zu Stande kommen, die sich gegenseitig für die bedeutenden in Frage kommenden Summen gut erachteten und denen der Umfang ihrer Unternehmungen Anlaß böte, die Umständenlichkeiten einer solchen Mitgliedschaft zu erleiden. Mit anderen Worten: Leute, die nicht reich sind und solche, die nicht ein frequentes Geschäft betreiben, werden ohne Versicherung bleiben.

Der Nutzen der Faucher'schen Reform wird somit den Schaden, den sie mit sich bringt, kaum aufzuwiegen. Wird aber nicht die Gefahr, welche vorliegt, auch überschätzt? Die wohl verständliche Empörung über eine neue Art von Verbrechen trübt den Blick und läßt ein Gespenst größer erscheinen als die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung des Uebels ist. Es sind große Feuersbrünste mit Verlust von Menschenleben entstanden aus Gewinnsucht um der Versicherung willen, aus gleichem Beweggrunde sind an Personen, deren Leben versichert worden, Morde begangen. Hat man darum die Feuerversicherung oder die Lebensversicherung in einer Weise beschränken wollen, die sie unmöglich machte? Man hat mit Höllemaschinen auf die Straße geschossen und Drini-Bomben unter einen Menschenhaufen geworfen. Hat man darum jeden Menschen, weil er auch Ähnliches thun könnte, unter polizeiliche Aufsicht gestellt?

Wir hoffen, daß die Gesetzgebung bei der schließlichen Entscheidung nicht alle Möglichkeiten, welche in thesi eintreten können, sondern die Wahrscheinlichkeiten, welche in praxi zu erwarten sind, erwägen wird und dann wird wohl der wohlgemeinte Gedanke des Dr. Faucher unausführbar erscheinen.

Deutschland.

△ Berlin, 10. April. Der Justizauschuß des Bundesrathes hat sich heute über seine Stellung zu der Strafprozeßordnung gegenüber den Anträgen der Reichstags-Commission schlüssig gemacht und ist in die Verathung der Civilprozeßordnung eingetreten, hinsichtlich deren man annehmen darf, daß im Großen und Ganzen Uebereinstimmung mit der Justizcommission vorhanden und daher auch eine möglichst schnelle Erledigung zu erwarten ist. Einige Commissions-Mitglieder verlassen bereits heute Abend Berlin, für morgen war die letzte Sitzung in Aussicht genommen. Bezüglich der Strafprozeßordnung möchten sich

man doch mit diesem Dolus naive Leser und Käufer. Die Verse waren relativ gut, Anastasius Grün aber wollte und konnte dieses Spiel nicht dulden, das sich Braun v. Braunthal unter fremdem Namen mit Versen eigener Factur erlaubt hatte. Mit einer scharfen Abwehr brandmarkte er den Betrug und verlangte wiederholt einen entschiedenen Widerruf, der von dem Herausgeber des „Mufen-Almanach“ verweigert wurde. Nun riß dem Anastasius Grün die Geduld, und er schickte als Graf Luersperg an Braun v. Braunthal seinen Cartellträger. Cavalierelement sollte der Ehrenhandel ausgetragen werden; dem Grafen Luersperg waren die bürgerlichen Vermögensverhältnisse seines Gegners bekannt; er erbot sich in der wenigst verletzenden Weise, dessen Reisekosten bis an die Reichsgrenze zu bestreiten, an welcher die Affaire mit der Waffe in der Hand erledigt werden sollte. Braun v. Braunthal hatte dazu nicht den Muth, er hatte aber die Gemeinheit, seinen Herausforderer bei der Polizei zu denunziren. Jetzt erst war auch für diese das Räthsel gelöst, und der Graf Luersperg wurde für sie und für die Censur eine greifbare Persönlichkeit.

Dieser Verrath eines Poeten an einem Dichter war ein Schandfleck, an dem Braun v. Braunthal zeitlebens zu tragen hatte und den auszuglücken ihm nie mehr gelungen war. Nikolaus Lenau, der mit ihm innig befreundet war, kündigte ihm die Freundschaft; wie von diesem blieb er von Allen gemieden, und sein Dichten und Trachten war von da an eine Danaiden-Arbeit.

Censur und Bücher-Revisions-Amt waren damals die Quarantänen, welche der geistige Product und das geistige Product zu befehlen hatten, bevor man sie für ihre Weiterfahrt in die Welt freigab. Waare und Erzeuger hatten sich erst einer peinlichen Inquisition zu fügen; der eine kam aus dieser Voruntersuchung mit gebrochenen Fittigen weg, die andere durfte entweder gar nicht oder nur verstimmt auf den Markt geworfen werden. Aber ein Buch von Gnaden und mit dem Sündenablaß der Censur, von dieser für den

Anastasius Grün,

geb. 11. April 1806.

Ich hab' eine alte Muhme,
Die ein altes Büchlein hat,
Es liegt in dem alten Buche
Ein altes, dürrs Blatt.
So dürr sind wohl auch die Hände,
Die einst im Lenz ihr's gepflückt;
Was mag doch die Alte haben?
Sie weint, so oft sie's erblickt.

Diese Verse rühren von dem Dichter her, dessen fiebziger Geburtstag in und außer Oesterreich von allen Deutschen festlich begangen wird. „Blätter der Liebe“ betitelt sich das bescheidene Büchlein, dem sie entnommen sind und mit dem sich ein noch unbekannter Poet: Anastasius Grün, im Jahre 1830 vor die Oeffentlichkeit gewagt hatte. Das Jahr selber war zu stürmisch geartet, und es klangen namentlich aus Frankreich die Aufbruchsglocken so allarmirend herüber, daß nicht zu verwundern ist, wenn die Empfindungslaute eines jungen Poeten übertönt und kaum beachtet wurden. Es fällt nur Wenigen das glückliche Loos, sich schon mit dem ersten Buche den Ruhm zu erobern. Herwegh gehörte zu diesen Glücklichen; Uhlund wurde auf Vorzeit gesetzt, und die erste Ausgabe seiner Lieder lag fast durch ein Decennium wie Blei auf dem Lager. Der geringe Erfolg, welcher die „Blätter der Liebe“ begleitete, hatte einen anderen Poeten entmutigt oder auch heftig verbittern müssen. Er befand sich fast in dem nämlichen Falle eines Mißerfolges mit dem englischen Dichter Byron, dessen „Hours of Idleness“ von den schottischen Kritikern mit der ägädischen Lauge des Spottes übergossen wurden. Kauflustiger als unser Poet, schlug sich der Engländer erst mit seinen Widersachern leidenschaftlich herum, und dann legte er ihre Kritik mit seinem „Childe Harold“ für alle Zeiten lahm. Anastasius Grün war selten ein Heißsporn; er machte nicht die Welt dafür verantwortlich, daß ihm der erste Schritt mißglückt war, und wagte lieber frischweg einen

zweiten Anlauf mit seiner epischen Dichtung: „Der letzte Ritter“, die seinen Namen schon geläufiger machte. Auch damit aber hatte er noch nicht das in Perlen schäumende Kelchglas des Ruhmes an seine Lippen gebracht; diesen schlürfte er erst, als die „Spaziergänge eines Wiener Poeten“ erschienen waren. Jetzt war der gewinnende Trumpf ausgespielt. Man muß sich immer gegenwärtig halten, weil es für die Energie des jungen, unverzagten Poeten spricht, daß die Etappen seines Siegeslaufes nicht weitab auseinanderlagen. Ein Jahr liegt zwischen seinen „Blättern der Liebe“ und den „Spaziergängen“; obwohl das Büchlein des „Wiener Poeten“ geschlossen war, erkannte doch alle Welt, daß dahinter kein anderes Antlitz als das des liebenswürdigen Poeten verborgen war, welcher den „Sekten Ritter“ gedichtet hatte.

Auf dem Herzen Oesterreichs lag durch eine lange und bange Zeit die centnerschwere Last eines absoluten Regimes, und es athmete in seiner Bedrängnis gleichsam nur durch die Lieder seiner Poeten etwas freier auf. Man stellte diesen nicht ihr Singen ein, wenn sie harmlose Reime auf Liebe und Natur setzten; was darüber hinausging, galt als Sünde, und die Censur war hinterher, um die übermüthig treibenden Schöplinge zu beschneiden. Es war außerhalb der Grenzmarken Oesterreichs nicht um Vieles besser, und die viel gerühmte „Einundzwanzigbogen-Freiheit“ der Bücher, mit der man die Vormundschaft der deutschen Regierungen zu umgehen glaubte, war ein problematisches Geschenk und kaum des Dankes werth. Es fielen mir dabei stets die Hunde auf den preussischen Bauernhöfen ein, die man zwar nicht an die Kette legt, die aber einen schweren Klöppel am Halse tragen müssen, mit dem sie nicht allzu weit laufen können und sich überdies durch heiseres Bellen ermüden.

Während das „junge Deutschland“ draußen im Reiche mit einer etwas verwilderten, immerhin aber lebenswürdig wirkenden Prosa rumorte, arbeiteten junge Poeten in Oesterreich nicht minder

freimüthig, nur künstlerischer, an klingenden Liedern. Lenau und Anastasius Grün standen in vorderster Reihe. Selbstverständlich war die Polizei auf dem Qui vive, denn es wurde ihr aus der Staatskanzlei des Fürsten Metternich die Weisung gegeben, den Causalnexus aufzufinden und zu stören, der als verbrecherischer Thatbestand zwischen den Wildfängen des „jungen Deutschland“ und den verwegenen Freiheitsjüngern, die ihr Nest in Oesterreich hatten, angenommen wurde. Es war kein Geheimniß für den allgewaltigen Staatskanzler Fürsten Metternich, daß der „Wiener Poet“, der ihn in der bekannten „Salonscene“ als Dolmetsch des Volkes interpellirt hatte: „Dürft' ich wohl so frei sein, frei zu sein?“ allen Ernstes salonfähig war und aus einem altadeligen Geschlechte stammte. Für ihn war der Dichter der „Spaziergänge“ längst kein Amanuensis, Graf Sedlnitzky, noch immer nicht die Maske des Anastasius Grün gelüpft hatte. Der Verleger Campe in der freien Stadt Hamburg verweigerte die Antwort auf polizeiliche Nachfragen; ein Verrath wäre sogar gegen die Geschäftspraxis gewesen, denn das Büchlein fand trotz oder vielmehr wegen des Verbotes erst recht seinen Weg nach Oesterreich.

Es ist seit dem Erscheinen der „Spaziergänge“ mehr als ein Menschenalter verstrichen, und die Epigonen können sich kaum einen Begriff von der Wirkung bilden, welche das Büchlein zu jener Zeit auf alle Kreise geübt hatte. Von Hand zu Hand ging es, und von allen Lippen klangen die markantesten Stellen und Verse. Wie einen kostbaren Schatz hütete man es und zeigte das Kleinod nur den intimsten Freunden. Ein leidiger Zwischenfall deckte, wie für alle Welt, so auch für die Polizei das Geheimniß der Autorschaft auf.

Braun v. Braunthal hatte einen „Oesterreichischen Mufen-Almanach“ herausgegeben. Unter den Contribuenten zu diesem Sammelwerke ließ er einen Dichter A. Grün figuriren. War auch der „Anastasius“ nicht voll ausgeschrieben, so förderte

aber doch sehr weit gehende Differenzen zwischen den Beschlüssen der Reichstags-Commission und denen des Bundesraths-Ausschusses ergeben. Ist in einzelnen Dingen auch den Anträgen der Commission nachgegeben, so sind doch die Beschlüsse derselben in manchen besonders wichtigen Punkten abgelehnt. Es gilt dies nicht nur, wie bekannt, von den Schöffengerichten, sondern auch von der Berufung. Nicht ohne Spannung sieht man daher den weiteren Verhandlungen über die Justizgesetze und der Lösung der Frage entgegen, ob und in wie weit eine Vereinbarung in der Commission sich erzielen lassen. Dem Zusammentritt der letzteren in etwa 14 Tagen wird ein Plenum des Bundesraths vorausgehen, welches die Beschlüsse des Justizausschusses zu sanctioniren haben wird. Viel kommt darauf an, in welcher Form die Entscheidungen des Bundesraths an die Commission gelangen werden, ob in einer schriftlichen Gesamtdarlegung, oder ob durch mündliche Erklärungen, welche, Namens der verbundenen Regierungen, der Director der Abtheilung für Justizwesen im Reichskanzleramt, Herr v. Amsberg, zu geben haben würde. Darüber ist eine endgültige Bestimmung an maßgebender Stelle noch vorbehalten.

* Die sehr für die Eisenbahnprojecte des Reichskanzlers enthusiastische „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: Das offiziöse „Dresdener Journal“ sucht nachzuweisen, daß seine Regierung keineswegs gegen ein Reichseisenbahngesetz überhaupt gewesen sei. Das hat aber bisher noch Niemand behauptet. Sie ist nur gegen den Inhalt und die Principien desjenigen Gesetzentwurfs gewesen, welcher im Juni v. J. einer Berathung von Commissaren der an dem deutschen Eisenbahnwesen finanziell hauptsächlich beteiligten Staaten vorgelegt wurde. Die Grundlage dieses Gesetzentwurfs, der seinerseits eine Umarbeitung des bekannten ersten Eisenbahngesetzentwurfs war, bestritt die sächsische Regierung auf's Entschiedenste, ebenso wie sie jenen ersten Entwurf scharf abgelehnt und unzählige Kompetenzbedenken dagegen erhoben hatte. Der sächsische Commissar, Legationsrath v. Watzdorf, war der Führer der gesammten Opposition gegen den Entwurf. Im Vergleich zu ihm führten die übrigen Mittelstaaten fast eine entgegenkommende Sprache. Der Widerspruch gegen die gesammten Grundlagen des Entwurfs, insbesondere gegen jede unmittelbare und wirkliche Aussicht war so vollständig, daß nach der 5. Sitzung bereits am 12. Juni v. J. die Beratungen als fruchtlos aufgegeben werden mußten. Es entspricht unweifelhaft dem thatsächlichen Gang der Dinge, wenn man annimmt, daß gerade das durchaus negative Resultat, welches diese Beratungen vorzugsweise in Folge der sächsischen Opposition hatten, die eigentliche Ursache der Wendung gewesen ist, welche die Frage seit vorigem Herbst nahm, daß so der Entschluß entstand, dem Reiche selbst eine reale Machtunterlage durch Erwerbung der preussischen Staatsbahnen zu schaffen. Wie die absolut ablehnende, jede Hoffnung eines Fortschritts vereitelnde Haltung der Regierungen am alten Bundestag es endlich dahin brachte, daß man an der Möglichkeit eines solchen Bundesverhältnisses überhaupt verzweifelte und die Nothwendigkeit ganz neuer Wege einsah, so hat die grundsätzliche Ablehnung jeder ernsthaften Durchführung des Abschnitts VII. der Reichsverfassung auch hier zur Auffindung eines ganz neuen Weges genöthigt. Insofern kann man die heutige sächsische Regierung als den intellectuellen Urheber des Reichseisenbahnprojectes bezeichnen, ebenso wie man zugeben muß, daß einstmals Graf Beust durch die Art, wie er die preussische Bundesreformpolitik bekämpfte, wesentlich dazu beigetragen hat, daß sie später in weit rationellerer und energischerer Gestalt zur Durchführung kam.

— Laut der „Nat.-Lib.“ ist anlässlich der Versteigerung der Gemäldegalerie des verstorbenen ehemaligen französischen Kammer-Präsidenten Schneider, das berühmteste Bild der Sammlung, welches unter dem Namen: „Das Innere eines holländischen Hauses“ bekannt ist und Pieter de Hooft zugeschrieben wird, zum Preise von 135 000 Franc für das Berliner Museum angekauft worden.

Posen, 10. April. Gemäß der Oberpräsidial-Bestimmung über die Unterrichtssprache in polni-

schen und gemischten Schulen sind die Rectoren der hiesigen städtischen Schulen aufgefordert worden, darüber zu berichten, ob die Kinder polnischer Zunge in den oberen Klassen dieser Schulen bereits soweit in der deutschen Sprache gefördert sind, daß ihnen auch der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werden könne. Die „Nat.-Lib.“ zweifelt, daß dies in allen unsern Schulen schon durchführbar sein wird. — Der verstorbene Stadtrath Berger hat, wie bekannt, der Stadtgemeinde Posen testamentarisch ein Legat von 150 000 Mk. zur Errichtung einer Altersversorgungsanstalt in Posen vermacht, die den Zweck hat, bedürftige Einwohner unserer Stadt in ihrem Alter zu versorgen. Die Schenkung hat die landesherliche Genehmigung erhalten, wie auch das Statut für die Anstalt genehmigt worden ist. Einen Auszug aus demselben werden wir in den nächsten Tagen bringen. — Der Kirchenvorstand von Mogilno hat nicht übel 2 ist, dem altkatholischen Domherrn Suszczyński die weiteren ihm zukommenden Pfrachten für die Pfarrländerereien zu entziehen. Er hat nämlich die Nothwendigkeit einiger Bauten auf dem Pfarrevorwerk, deren Kosten größtentheils der Pfarre zu tragen hat, nachgewiesen und ihre Ausführung beantragt. Es kommt nun darauf an, ob der Staats-Commissarius Landrath Nollan den Antrag genehmigen wird.

Stuttgart, 8. April. Die Nachricht wird bestätigt, daß im September d. J. der Kaiser unser Land besuchen und Truppenschau zwischen hier und Ludwigsburg halten wird. Der Besuch des Kaisers erfolgt auf ausdrückliche Einladung des Königs von Württemberg. Die Truppenübungen, welche in Oberschwaben hätten gehalten werden sollen, werden in hiesiger Nähe stattfinden; die königlichen Schlösser hier und in Ludwigsburg werden den Kaiser und sein Gefolge aufnehmen. Das württembergische Armee-corps soll in einer Stärke von 25 000 Mann zusammengezogen werden. Die Freude ist hier groß und allgemein, daß wir den kaiserlichen Herrn im Lande sehen und begrüßen sollen. Wer sich der begeisterten und herzlichen Aufnahme erinnert, welche der deutsche Kronprinz nun schon mehrfach in Württemberg gefunden hat, wird sich denken können, welcher Jubel den Kaiser erwartet, der in seiner Hauptstadt Berlin nicht populärer sein kann, als er es hier im Schwabenlande ist. — Die Kammer hat sich gestern bis zum 24. April vertagt. Der Arbeitsstoff war aufgezogen. Bis zum Wiederzusammentritt werden die Commissionen dafür sorgen, daß die Beratungen rüstig weiter gehen können.

Frankreich.

* Ueber die parlamentarische Lage vor Beginn der Osterferien in Frankreich wird uns von unserem Pariser X-X-Correspondenten unterm 9. April geschrieben: In Versailles nehmen die Ereignisse im Großen und Ganzen einen immer günstigeren Verlauf, und die Mehrheit scheidet sich an, ganz beruhigt über die Zukunft in die Osterferien zu gehen. Zwar machen die Reactionären in der Landesvertretung und in der Presse unausgesetzten Lärm und jammern über die antireligiöse Gefinnung der Majorität, über ihre himmelschreiende Intoleranz gegenüber den Deputirten, welche nur der officiellen Candidatur und der gefälligen Mitwirkung des Clerus ihre Siege in der Kammer verdanken. Das „Univers“ z. B. beginnt seinen Bericht über die Invaliderung Chesnelong's und de Vigne's mit den pathetischen Worten: „Zwei katholische Köpfe sind heute unter dem Fallbeil der parlamentarischen Republik gefallen!“ Aber das hindert nicht, daß doch insgesamt bisher nicht über ein Duzend Wahlen kassirt worden ist, und daß jedesmal starke Gründe für die Nichtbestätigung vorlagen. Die Justiz der Kammer erscheint nur darum als eine so strenge, weil die Procedure der Wahlprüfung mit so verzweifelter Langsamkeit betrieben wird, daß es aussieht, als fänden die Republikaner eine Genugthuung darin, ihre Gegner auf die Folter zu spannen. Zugegeben selbst, daß die Mehrheit wirklich ihre Gewalt mißbrauchte, so wäre der Vorwurf der Intoleranz lächerlich im Munde der Coalition, welche zur Zeit der früheren Nationalversammlung ihr ganz geringes numerisches Uebergewicht dazu benutzte, bei jeder Gelegenheit die

Druck freigegeben, im Verlage einer österreichischen Firma erschienen, trug schon das Stigma an der Stirne, das jede Verbreitung unmöglich machte. Namentlich hatte man kein rechtes Vertrauen zu poetischen Productionen, die von heimathlichen Buchhändlern debütiert wurden. Ich will diese Behauptung mit zwei Namen: Vogl und Seidl, recht fertigen, deren Lieder immerhin die rechte Schwungkraft zu einem Fluge durch die Welt gehabt hätten. Die geringe Anerkennung in der Heimath trieb die österreichischen Schriftsteller dazu, ihrem Vaterlande den Rücken zu kehren. Andere, die nicht „die harten Treppen des Exils auf- und niedersteigen“ wollten, flüchteten sich wenigstens mit ihren Werken vor der Censur nach Deutschland. Auch Anastasius Grün sah ein, daß für einen Poeten die Wege der wirklichen Verbreitung nicht in Oesterreich geendet waren, und flüchtete mit seinen ersten Lieberbüchern unter den Schutz von deutschen Verlegern, um sich freie Bahn zu schaffen. Die Bahn war allerdings offen, sie führte ihn aber nicht rasch zum Ruhme. Erst die „Spaziergänge“ brachten ihn dahin, und jetzt stand er auch schon in dessen Zenith... Die heutige Jugend hat nur mehr den halben Genuß an jenen Gedichten: in ihrer spontanen Wirkung und unter dem Drucke jener traurig gearteten politischen Verhältnisse waren sie bezaubernd und wahrhaft berauschend. Als Paganini mit seiner Zaubergeige durch die Welt zog, wurden alle Saiten-Instrumente rebellisch und aus dem verstecktesten Winkel hervorgeholt: jeder Stümper versuchte sein Glück und wollte es dem fast gespenstischen Italiener als Virtuoso nachthun. So hatte auch Anastasius Grün mit seinen „Spaziergängen“ ein wildes Heer von Nachahmern entseelt, und in jeder deutschen Stadt wurde der Reiz und der Ehrgeiz rege, wie Wien ihren Special-Poeten zu haben, welcher den Duodez-fürsten, der „hohen Obrigkeit“ und den Pfaffen die Wahrheit geigen sollte.

Der Herzensobath verstummt allmählig. Dann gingen die selbstsamten Gerüchte durch die literarischen Kreise, weil der österreichische Poet, dessen

erste Lieberbücher in rascher Aufeinanderfolge erschienen waren, durch vier lange Jahre kein Lebenszeichen gegeben hatte. Ehe noch die Version sich kräftigen konnte, als hätte er sich durch Intervention seiner aristokratischen Verwandtschaft mit dem Regime seiner Heimath auf friedlichen Fuß gestellt, trat er mit seinem „Schutt“ heraus und zerstreute alle müßigen Fabeln und Märchen. Und diese Dichtung, mit der er seinen früheren Frei-muth in keinem Verse verleugnete, war sein künstlerisch bedeutendstes Werk. Der junge braufende Most hatte sich zu dem köstlichsten Weine abgellärt und funkelte wie flüssiges Gold in der vollendetsten Form. Sein volles Können und seine ganze Kraft liegt in dieser Dichtung. Mit seinen „Spaziergängen“ hatte er ein verwegenes Reiterstücklein, das möglicherweise mißlingen konnte, ausgeführt; mit dem „Schutt“ hatte er nach allen Regeln der poetischen Taktik einen nachhaltigen Sieg in der ganzen Schlachtlinie errungen.

Mit den „Nibelungen im Jrad“, die er nach einer Pause von sieben Jahren herausgab und in denen der Humor in der Geldenrüstung des Nibelungenliedes einherging, hatte er einen müßigen Streich in's Wasser geführt, weil dem Publikum die feinen satyrischen Anspielungen unverständlich waren. Meißter Rubens entwarf die Kritik seiner Zeit nicht durch empfindliche Repliken, sondern immer dadurch, daß er ein neues und besseres Bild malte. So beiläufig hielt es auch Anastasius Grün, der, wieder nach einer Pause von sieben Jahren, sein landliches Gedicht: „Der Pfaff vom Rahlberg“ veröffentlichte, das die prächtigsten Naturschildereien bietet, wie sie selten einem Dichter besser gelungen sind.

Vornehm, in der edelsten Bedeutung des Wortes, war Anastasius Grün allezeit und in jedem seiner Gedichte, und seine Poesie ging, selbst wenn sie sich unter das Volk mengte, stets im Festgewande. Das aber weiß das Volk zu würdigen, welches Conceptionen, die man für sein Verständnis in liebedlichen Ausdrücken machen zu müssen meint,

republikanische Minderheit zu vergewaltigen und gegen die wohlbekannten Wünsche des Landes zu regieren. Die öffentliche Meinung läßt sich denn auch durch das besagte Klageschrei nicht rühren. Das Hauptereigniß der verfloffenen Woche war die Ernennung Gambetta's zum Präsidenten der Budget-Commission, welche natürlich ebenfalls im antirepublikanischen Lager großes Geschrei verursachte. Es ist also so weit gekommen, rief man, daß jetzt die Radica-len Hand an das Budget legen und thatsächlich die Gewalt übernehmen. Einen Augenblick schien auch die Regierung unangenehm durch diese Ernennung berührt; sie ließ aber nicht viel davon merken, und die „Debats“, das Organ des Finanzministers Leon Say, beilebten sich, Gambetta zu der gemäßigten Rede, womit er sein neues Amt angetreten, zu beglückwünschen. Gambetta zeigte sich in der That bemüht, die Befürchtungen der Conservativen zu beseitigen, er ging sogar weiter als manche Republikaner wünschen mochten, indem er sich durch die Republique dagegen erklärte, daß man durch die Abberufung des Gefandten im Vatican eine Ersparniß im Budget mache. Auch im Uebrigen zeigt sich keine Veranlassung mehr zu Mißbilligungen zwischen dem Cabinet und der republikanischen Mehrheit. Die Angriffe der Presse gegen den Minister Ricard haben vollends aufgehört, seitdem Ricard auf der Tribüne so ganz nach dem Sinne der Linken über die Befestigung der republikanischen Staatsform gesprochen hat, und man erwartet mit Geduld die von dem Minister versprochene Säuberung des Verwaltungspersonals. Die zwei wichtigsten Reformprojecte für die nächste Zukunft, das Unterrichtsgesetz und das Gemeinde-gesetz, sind in den Commissionen so weit gefördert worden, daß sich die Art ihrer Lösung mit Bestimmtheit voraussehen läßt. In Sachen der Unterrichtsreform begnügt sich die Linke für jetzt mit der Forderung des Unterrichtsministers Waddington, dem Staate das Grabverleihungsrecht wieder zu übertragen, und sie vertagt weitere Verbesserungspläne; was das Gemeindegesetz angeht, so hat Ricard bereits in die von der Linken beantragte Rückkehr zu dem liberalen Gemeinde-gesetze von 1871 gewilligt, obgleich die Regierung anfänglich das Gesetz von 1831 vorzuziehen schien. Endlich ist es gewiß, daß die Annestiefenfrage zur beiderseitigen Zufriedenheit der Regierung sowohl als der Kammer gelöst werden wird. Die Intriquen der Clerico-Reactionären vom Senat in der Präsidentschaft haben keinen Erfolg gehabt, und der Widerstand, auf welchen Ricard's Vorschläge Anfangs bei dem Staatsoberhaupt stießen, macht sich immer weniger fühlbar. Im Senat selber verliert die Partei de Broglie-Changarnier zusehends an Einfluß. Man wählte dort gestern eine Commission, und zum ersten Male begab es sich, daß die Republikaner die Mehrheit ihrer Candidaten durchbrachten. Als ein letztes charakteristisches Ereigniß der eben verfloffenen Woche sei erwähnt, daß die Unterhandlungen behufs Herstellung einer großen, die Republikaner im Senat und in der Kammer umfassenden Partei wieder angebahnt worden sind. Alle republikanischen Gruppen haben gestern Delegirte ernannt, welche über gemeinsames Vorgehen berathen sollen. Dieser Umstand, zusammengehalten mit Gambetta's Ernennung zum Vorsitzenden der Budget-Commission, beweist, daß Gambetta's persönliche Ansehen sich neuerdings befestigt hat.

— Die „Liberté“ glaubt zu wissen, daß die Mehrheit der Veltausstellungscommission geneigt ist, den Schauplatz dieses Völkermarts in das Boulogner Gehölz, jedoch nicht etwa auf die Ebene von Longchamps, die denn doch zu weit von dem Mittelpunkt der Stadt entfernt wäre, sondern in den weiten Raum zu verlegen, welcher sich gleich vom Eintritt in das Gehölz aus der großen Avenue du Bois de Boulogne, ehemals Avenue l'Impératrice, bis nach Passy ausdehnt. Dieser Raum war bekanntlich bei Beginn der Belagerung aus Vertheilungsgründen entholt, und seitdem nur mit schwachem Erfolg, da der Boden ein ziemlich undankbarer ist, neu bepflanzt worden. Es ist auch davon die Rede, nach dem Vorbild Wien's der Haupttheil des Ausstellungsgebäudes in so dauerhaftem Material anzulegen, daß er noch später für andere Zwecke benutzt werden kann.

Franz von Holstein.

Ueber den Componisten der Oper „Der Haide-schacht“, deren erfreuliche Bekanntheit das Danziger Publikum in diesem Winter gemacht, bringt „Hübner's deutsche Theater-Chronik“ folgende Mittheilungen:

Franz von Holstein, aus einer mecklenburgischen Adelsfamilie stammend, ist 1826 in Braunschweig, wo sein Vater längere Zeit dem Kriegsdepartement vorstand, geboren und war von Jugend an für den Militärfach bestimmt. Talent und Neigung für die Kunst, namentlich für die Musik, traten aber schon frühzeitig bei ihm hervor und während er im Kadettenhause zu Braunschweig sich auf das Offiziers-examen vorbereitete, arbeitete er zugleich heimlich an einer zweiactigen Operette „Zwei Nächte in Venedig“, welche nach glücklich bestandener Prüfung und Erringung des Lieutenantpatentes im Privat-theater zur Aufführung kam.

Seine jetzt begonnenen ernstlichen Studien in der Compositionslehre erlitten bald wieder eine Unterbrechung durch die Selbstige nach Schleswig-Holstein, die er zwei Jahre nach einander mitzumachen hatte. Im Jahre 1852 wurde er zum Hof-junker ernannt und bald darauf als Adjutant eines Landwehr-Bataillons nach Seesen, einem kleinen Städtchen im Harz, versetzt, wo er Muße fand, die Partitur einer großen fünftactigen Oper „Waverley“ zu vollenden. Hierbei wurde der Drang, ganz der Musik zu leben, immer mächtiger in ihm und nach langem Kampfe gewährte sein Vater ihm diesen Wunsch unter der Bedingung, daß ein Berufener

Spanien.

Madrid, 4. April. In den letzten 48 Stunden ist die religiöse Frage entschieden in ein anderes Fahrwasser getrieben worden. Sowohl die Regierung als auch der vom Congresse ernannte Ausschuss, der den Verfassungsentwurf prüfen soll, scheint geneigter, der öffentlichen Meinung in Spanien und in den Nachbarländern Rechnung zu tragen. Das Interesse, welches der berühmte dunkle Paragaph überall im Auslande erregte und die keineswegs freundliche Behandlung, die ihm von dem größten Theile der liberalen europäischen Presse zu Theil wurde, sind nicht ohne Einfluß auf Herrn Canovas geblieben. Er hat noch rechtzeitig eingesehen, daß es für die junge Monarchie gefährlich sein könnte, allein gegen den Strom des Fortschritts anzukämpfen. In der letzten Sitzung des genannten Prüfungs-Ausschusses, wo die Regierung vertreten war, wurde daher beschlossen, den § 11 im Sinne der Unverletzbarkeit der Tempel und Kirchhöfe zu deuten. Kein Spanier kann fortan wegen seines Bekenntnisses verfolgt werden, so lange dasselbe mit der christlichen Moral vereinbar ist, und Alle sind zum Staatsdienste berechtigt. Indessen dürfen die Nichtkatholiken keine kirchliche Handlung außerhalb ihrer Tempel und Kirchhöfe vornehmen; jede äußere Kundgebung ist ihnen streng unterzogen, und namentlich sollen sie nicht durch Inschriften die Orte ihrer Versammlung öffentlich kennzeichnen. Auch in Betreff der Freiheit in Wort und Schrift, wofür der „Imparcial“ täglich eine Lanze einlegt, müssen sie sich mit dem Hinweise auf die weise Gesetzgebung über öffentliche Versammlungen und Presse begnügen. Zimmer-hin ist es ein erfreuliches Zeichen, daß an die katholischen Bekehrungszeugnisse in Zukunft derselbe Maßstab gelegt werden wird. Die kirchlichen Veröffentlichungen werden scharf überwacht und müssen, wie alle übrigen Tageblätter, zwei Stunden vor ihrer Ausgabe dem Gouverneur vorgelegt werden. Viele Bischöfe haben deswegen ihre Diöcesen-blätter „aus Mangel an Pressefreiheit“ eingehen lassen und ergreifen sich über das Ministerium, namentlich seit dessen Einlenken in der religiösen Frage, in groben Schmähungen. — Heute Morgen ist Prinz Leopold von Bayern hier eingetroffen und im Hotel de la Paix abgesteigen. Er besuchte im Laufe des Tages den König, fuhr mit demselben aus und wird heute Abend an der Tafel im königlichen Schlosse Theil nehmen. Da der Prinz ein strenges Incognito bewahren will, so unterblieb jeder offizielle Empfang.

England.

London, 8. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses machte Major Beaumont, ein tüchtiger Ingenieur-offizier, darauf aufmerksam, daß die Aufrechterhaltung des Kriegsarsenals in Woolwich vom militärischen Gesichtspunkte durchaus nicht wünschenswerth sei, und daß es sich empfehle, ein Centralkriegsarsenal in der Mitte des Landes herzustellen. Die Vortheile der Lage des Wool-wicher Arsenals beruhen bekanntlich darauf, daß, weil das Arsenal am Ufer der Themse liegt, es sehr bequem ist, von ihm Munition nach allen Küsten Großbritanniens und allen Theilen der Welt zu verschiffen. Andererseits indeffen ist das Arsenal in Woolwich nur zu sehr der Gefahr ausgesetzt, von dem Feinde, welcher an der südlichen und südöstlichen Küste Englands landet, genommen zu werden. Denn eine Befestigung von Woolwich erscheint — wofür auch eine königl. Commission, welche sich im Jahre 1860 mit dieser Frage beschäftigte, als Autorität angeführt werden kann — unmöglich. Der beste Ausweg möchte wohl darin gefunden werden, das Kriegsarsenal in Woolwich während des Friedens fortbestehen zu lassen, für den Kriegsfall aber ein Centralarsenal herzustellen. Als Ort für dasselbe dürfte sich nach dem Urtheil der schon angezogenen Commission namentlich Cannock Chase empfehlen. Dieser Ort ist für alle Theile Großbritanniens bequem gelegen und läßt sich ohne große Schwierigkeiten stark befestigen.

— 9. April. Die „Morning Post“ behauptet, das Ober-Commando habe die beabsichtigte Reise englischer Officiere nach Berlin zur Theilnahme an einem Polospiel untersagt und die gastfreundliche Einladung sowie die freigegebenen Bewirthungs-Vorbereitungen dankend anerkannt.

dem Sohne Talent genug zuerkenne, um diesen Schritt zu rechtfertigen. Dieser Berufene war der Musiktheoretiker Moritz Hauptmann in Leipzig, welcher nach genauer Prüfung der gedachten Opern-partitur sich günstig über dieses Werk und die musikalische Begabung des Componisten aussprach. Holstein nahm sofort seinen Abschied vom Militär und zog im Jahre 1853 nach Leipzig, wo er im Conservatorium für Musik und unter der Privat-leitung Hauptmann's den ernstigsten theoretischen und technischen Studien oblag.

Durch Ueberanstrengung krank geworden, war er genöthigt, im folgenden Jahre in das elterliche Haus zurückzukehren, lebte hierauf den Winter 1856—1857 in Rom, hielt sich 1858 in Berlin und 1859 in Paris auf, wo er überall im Verkehr mit den bedeutendsten künstlerischen Größen stand. Endlich kehrte er nach dem ihm lieb gewordenen Leipzig zurück, wo er durch seine Verheirathung sich den häuslichen Haerd gegründet hatte, und neben mancherlei ästhetischen und musikalischen Studien, leider vielfach durch Krankheit unterbrochen, an seiner Oper „Der Haideschacht“ arbeitete, die schon im Jahre 1866 nahezu beendet war und die Billigung des Hof-Capellmeisters Rietz in Dresden erhalten hatte, übrigens später noch mehrfacher Aenderungen und namentlich infolge einer wichtigen Umarbeitung unterzogen wurde, als der ursprüngliche Dialog in Wegfall kam. So wurde diese Oper am 22. Decbr. 1869 erstmals in Dresden und kurz darauf auch in Leipzig mit großem Beifall aufgeführt, was den Componisten er-muthigte, im Jahre 1872 eine zweite Oper „Der Erbe von Morley“ (eine Spieloper in der Art der „Weißen Frau“) und 1875 eine dritte große Oper „Der Hochländer“ folgen zu lassen, welche bei den ihnen zu Theil gewordenen Aufführungen (in Leipzig, München, Mannheim, Stuttgart etc.) einen vollständigen Erfolg erzielten und den Ruf des Componisten als eines hervorragenden musikalischen Dramatikers feststellten.

Danzig.